

# „Eine Frage des Überlebens unseres Volkes“

## Die Ethnisierung von Verteilungsfragen durch die Freiheitliche Partei Österreichs

Saskja Schindler, Jörg Flecker und Carina Altreiter

### Einleitung<sup>1</sup>

Im vergangenen Jahrzehnt haben extreme und populistische Rechtsparteien sowohl in der Europäischen Union (z.B. Österreich, Ungarn, Frankreich) als auch außerhalb Europas (z.B. Brasilien, USA) einen massiven Aufstieg erfahren. In Europa liegen die Gemeinsamkeiten dieser Parteien in nationalistischen und rassistischen Positionen, in der Bindung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen an ethnische Kriterien im Sinne eines Wohlfahrtschauvinismus (Kitschelt/McGann 1997) sowie im Eintreten gegen die politischen Eliten, gegen die repräsentative Demokratie und für nationale Souveränität innerhalb der Europäischen Union (Loch/Norocel 2015). Dabei zeigt sich eine große Bandbreite, die von populistischen EU-kritischen Parteien bis zu offen antisemitischen rechtsextremen Parteien reicht (Hentges 2011). Vielfach wird ihnen eine Neuausrichtung in den letzten Jahrzehnten diagnostiziert: In den 1990er-Jahren entdeckten sie die soziale Frage für sich, änderten ihre Haltung gegenüber dem Wohlfahrtsstaat und nahmen offen neoliberale Positionen nach außen hin zurück (z.B. sprachen sie sich stärker für Sozialpolitik aus und schwächten ihre Forderungen nach Budgetdisziplin und Liberalisierung ab) (Kriesi 2012). Auch die Freiheitliche Partei Österreich (FPÖ) hat diesen „Wandel“ partiell vollzogen und bezeichnet sich als „soziale Heimatpartei“.

Die Wahlerfolge der FPÖ werden vor allem auf politische Spaltungsprozesse bei den Themen Einwanderung, europäische Integration und Funktionieren des politischen Systems zurückgeführt (Aichholzer et al. 2014). Dabei hat besonders das Thema Migration die politische Diskussion in den letzten Jahren dominiert. Neben der kontinuierlichen Mobilisierung xenophober Vorurteile werden von der FPÖ, wie auch von der „neuen“ Österreichischen Volkspartei unter Sebastian Kurz, Migrationsfragen mit dem Schicksal des Sozialstaates verbunden. Die zentrale Botschaft lautet, dass zusätzliche Ausgaben für Neuankommende auf Kosten anderer Gruppen gehen. Dieser Gedanke lässt sich einfach vermitteln, weil zuvor bereits seit Jahren beständig Zweifel an der Finanzierbarkeit des Sozialstaates geäußert wurden. Als Antwort auf dieses vermeintliche Problem wird vonseiten der FPÖ eine nationale Präferenz propagiert, d.h. die Bevorzugung der schon länger oder schon immer in Österreich Ansässigen (Flecker et al. 2018). Ihre Botschaften können daher auch als eine Form von „exkludierender Solidarität“ gedeutet werden, die sich auf die Überzeugung stützt, dass (sozialstaatliche) Ressourcen nicht für alle reichen und daher die Ansprüche der Kerngruppe verteidigt werden müssen (Dörre et al. 2011), oder als „faschistische“ bzw. „nationalistische Solidarität“ (Stjernø 2005: 278f.), die auf eine Stärkung der jeweiligen Nation abzielt und Angehörige anderer Nationen (basierend auf einem Konzept von „Rassen“ oder Kulturen) ausschließt.

Aufgrund ihrer geänderten Rhetorik und aufgrund von Verschiebungen in der Wählerschaft werden extreme und populistische Rechtsparteien wie die FPÖ in der jüngeren Vergangenheit im medialen Diskurs häufig als „neue Arbeiterparteien“ bezeichnet.<sup>2</sup> Dadurch wird fälschlicherweise eine Interessenvertretung der Arbeiter\*innen durch die FPÖ suggeriert. Tatsächlich profitieren Arbeiter\*innen mit österreichischer Staatsbürgerschaft in der Regel kaum von der Politik der FPÖ, sie sind aber vielfach die Adressat\*innen der rechten ideologischen Agitation. Dabei wird mitunter sogar positiv auf die sozialistische Arbeiterbewegung Bezug genommen, z. B. im Wiener Wahlkampf im Jahr 2015 mit dem Wahlplakat „Oktober ‚Revolution“:<sup>3</sup> Die Arbeiter\*innen werden als fleißige, rechtschaffene Leute angesprochen, denen durch Migrant\*innen und vermeintliche „Sozialschmarotzer“ etwas weggenommen werde.<sup>4</sup>

Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich aus der Perspektive von Solidarität mit der Ethnisierung von Verteilungsfragen durch die FPÖ. Dabei stehen Fragen wohlfahrtsstaatlicher Unterstützung, d. h. institutionalisierter Solidarität im Vordergrund. Die Solidaritätsperspektive lenkt den Blick auf besondere Formen der Beziehungen der Menschen zueinander und die Verpflichtung zu gegenseitiger Unterstützung. Gleichzeitig werden mögliche Schattenseiten von Solidarität erkennbar, nämlich die Ausgrenzung jener, die nicht zur Solidargemeinschaft gezählt werden.

### „Österreicher zuerst“ oder Sozialabbau für alle?

Bereits seit Mitte der 1980er-Jahre verzeichnet die FPÖ bei regionalen sowie bei nationalen Wahlen deutliche Zuwächse. Nach einem kurzfristigen Rückgang der Wählerstimmen im Jahr 2002 infolge der ersten Blau-Schwarzen Koalitionsregierung, nahm zwischen 2006 und 2019 die Zustimmung zur FPÖ wieder kontinuierlich zu. Im Dezember 2017 hat sie gemeinsam mit der Österreichischen Volkspartei (ÖVP) eine Koalition gebildet und war bis Ende Mai 2019 Teil der österreichischen Bundesregierung. Im Zentrum ihrer ideologischen Agitation steht das Thema Migration. Gegen Migrant\*innen und Menschen auf der Flucht werden rassistische Vorurteile verbreitet, gleichzeitig wird Migration beständig mit Fragen von Verteilungsgerechtigkeit verbunden. Aktuell werden in diesem Zusammenhang vielfach sozialstaatliche Fragen thematisiert, wobei die FPÖ die Kürzung der Unterstützungen für Migrant\*innen als Gebot der „Fairness“ ausgibt. So heißt es beispielsweise auf der Homepage der FPÖ Steiermark: „[A]ngezogen hat die Mindestsicherung [...] unzählige Sozialschmarotzer aus dem Ausland. Die nunmehrige Reform [...] soll diesen Missbrauch endlich abstellen. Schließlich geht es hier um Unsummen, die an Personen ausbezahlt werden, die sich gezielt (faul und unwillig, sich anzupassen) in unserer Heimat niederlassen und jeden Monat die Hand aufhalten: Und den Gehalt von so manch einem Kleinverdiener oder Teilzeitbeschäftigten fürs Nichtstun kassieren!“<sup>5</sup>

Bis in die 1990er-Jahre war die Kombination von neoliberalen Positionen in sozio-ökonomischen Themenbereichen und autoritären Haltungen in soziokultureller Hinsicht (Kitschelt/McGann 1997) charakteristisch für die FPÖ. Danach nahm sie die neoliberale wirtschafts- und sozialpolitische Ausrichtung nach außen hin zurück und konzentrierte sich stärker auf soziale Fragen. Jedoch hat die FPÖ ein deutlich liberales und unternehmerfreundliches Wirtschaftsprogramm (Senkung der Abgabenquo-

te, flexibleres Arbeitsrecht, Kürzung von Sozialausgaben) beibehalten (Becker 2018: 103). Auch ihre ökonomischen Botschaften bleiben insofern dem Neoliberalismus verbunden, als sie weiterhin einen „schlanken Staat“ und Steuersenkungen verlangt (Lefkofridi/Michel 2014).

Der Widerspruch zwischen den neoliberal geprägten Positionen und der „Hinwendung zur sozialen Frage“ wird vordergründig durch die Forderung nach nationaler Präferenz aufgelöst. So lehnt die FPÖ z.B. die Einbeziehung von „Ausländern“ in die österreichische Arbeitslosenversicherung ab. Für den „vorübergehenden Aufenthalt“ der „Gastarbeiter“ soll ein getrenntes Sozialversicherungssystem eingerichtet werden – „ohne Fehlbetragsausgleich durch die öffentliche Hand“ (FPÖ-Bildungsinstitut 2013: 113). In der Familienpolitik fordert die FPÖ u.a. ein „Erziehungsgehalt für inländische Familien“ und argumentiert dabei völkisch: „Dies ist [...] eine Frage des Überlebens unseres Volkes“ (ebd.: 147). Auch durch den Slogan, man müsse die „Zuwanderung in unser Sozialsystem stoppen“, den Heinz Christian Strache und Sebastian Kurz während ihrer Amtszeit in der gemeinsamen Koalition sehr häufig verwendeten, werden wohlfahrtchauvinistische Motive mobilisiert. Die in der öffentlichen Diskussion häufig behaupteten Grenzen der Finanzierbarkeit des Sozialstaates werden als gegeben vorausgesetzt. Damit erscheint eine Begrenzung des Zugangs zu den Leistungen des Wohlfahrtsstaates als Notwendigkeit. Diese soll durch die Konzentration auf die „wirklich Bedürftigen“ erfolgen, indem vermeintlichen „Durchschummlern“ der Kampf angesagt wird,<sup>6</sup> sowie durch eine Beschränkung der Sozialausgaben auf die Gruppe der Einheimischen. Der Slogan unterstellt darüber hinaus, dass der Bezug von Sozialleistungen die explizite Absicht von Migrant\*innen sei und dass sie selbst nichts zu seiner Finanzierung beitragen würden. Migrant\*innen wird unterstellt, dass sie nicht Mitglieder der Solidargemeinschaft werden, sondern diese nur ausnutzen wollten. Zugleich suggeriert der Slogan Sorge um den Sozialstaat (Flecker et al. 2019).

Die Umdeutung gesellschaftlicher Verteilungsfragen von der vertikalen Dimension der Ungleichheit auf horizontale Unterschiede der Herkunft und Nationalität illustriert auch das Beispiel einer Betriebsratszeitung der Freiheitlichen Arbeitnehmer (FA) aus dem Jahr 2015.<sup>7</sup> Einer der darin enthaltenen Artikel thematisiert die Insolvenz der Supermarktkette Zielpunkt. Dabei werden die sozialstaatlichen Leistungen für Geflüchtete und die Rettungsschirme für Banken im Zuge der Finanzkrise der fehlenden Unterstützung der durch die Insolvenz arbeitslos gewordenen Menschen durch die damalige SPÖ-ÖVP-Bundesregierung gegenübergestellt. Während Banken und Flüchtlinge in einem Atemzug genannt und damit quasi gleichgesetzt werden, werden die Besitzer\*innen der Supermarktkette mit keinem Wort angesprochen. Es entsteht so der Eindruck, Ressourcen würden Flüchtlingen anstatt den Betroffenen des Zielpunktbankkonkurses gegeben, d.h. dass letztere wegen der geflüchteten Menschen auf eine Entschädigung verzichten müssten, die sie andernfalls erhalten hätten, bzw. dass Geflüchtete von der Regierung bevorzugt würden. Damit wird eine vermeintliche Konkurrenz zwischen verschiedenen Gruppen – Arbeiter\*innen, Arbeitslosen und Flüchtlingen – inszeniert, die die Entstehung von Solidarität bzw. einen gemeinsamen Kampf gegen die Umverteilung von unten nach oben und die damit einhergehenden Verschlechterungen für die Lohnabhängigen insgesamt erschwert.

Auf den ersten Blick scheint die FPÖ ein Konzept exkludierender bzw. nationalistischer „Solidarität“ zu verfolgen: Sie stellt sich selbst als die einzige politische Kraft dar,

die die Interessen der „Inländer“ vertritt, während denjenigen, die geflüchteten Menschen helfen, vorgeworfen wird, das auf Kosten der „einheimischen“ Bevölkerung zu tun. Dabei ist jedoch fraglich, wie viel Solidarität in der Politik der nationalen Präferenz wirklich enthalten ist: Dient der Ausschluss einer Gruppe von den Leistungen des Sozialstaates wirklich seiner Aufrechterhaltung, oder erfolgt dadurch eine Ablenkung von seinem Abbau?

Betrachtet man das Regierungsprogramm der letzten ÖVP-FPÖ-Bundesregierung, zeigt sich, dass die geplanten Maßnahmen auf die Schaffung eines „exkludierenden Sozialstaats“ (Becker/Ćetković 2018: 101) abzielten, der Migrant\*innen und geflüchtete Menschen ausgrenzt, Arme insgesamt stigmatisiert und Sozialleistungen für alle senkt. Ein Beispiel dafür ist die Kürzung der Leistungen aus der bedarfsorientierten Mindestsicherung für kinderreiche Familien, wie sie im Regierungsprogramm zusammen mit einer Reduktion der Geldleistungen für Asylberechtigte und subsidiär Schutzberechtigte vorgesehen war (Neue Volkspartei/Freiheitliche Partei Österreichs 2017). Es wird der Eindruck erweckt, als wende sich die Maßnahme gezielt gegen muslimische Migrantenfamilien, was durchaus auch die Intention ist. Zugleich wird verdeckt, dass damit die soziale Absicherung und Armutsbekämpfung generell geschwächt werden. Die politische Praxis der FPÖ zeigt ebenfalls, dass zwischen der „sozialen“ Rhetorik der Partei und ihrem tatsächlichen politischen Handeln Welten liegen. Das wird sowohl in der Zeit ihrer Regierungsbeteiligung in den Jahren 2000 bis 2006 deutlich, als es zur Beschränkung der sozialen Rechte der Arbeitenden und zum Abbau von Sozialleistungen kam (Obinger/Tálos 2006), als auch danach durch das Stimmverhalten der Partei auf regionaler sowie auf nationaler Ebene: So stimmte die FPÖ u. a. im Jahr 2014 gegen eine geplante Erhöhung des Pflegegeldes, gegen das Lohn- und Sozialdumpinggesetz, sowie im Jahr 2010 gegen die Einführung der bedarfsorientierten Mindestsicherung.<sup>8</sup> Diesem Muster entspricht auch die zweite Regierungsbeteiligung nach der Wahl 2017 (Flecker et al. 2018).

Insgesamt zeigt sich, dass die vermeintliche Hinwendung der FPÖ zu sozialen Fragen keine grundlegende Abkehr von neoliberalen Positionen mit sich gebracht hat. Zwar hat sie ihre Rhetorik verändert, um benachteiligte Gruppen in der Bevölkerung, insbesondere unter den Arbeiter\*innen, anzusprechen. Eine Stärkung des Sozialstaates war damit aber keineswegs verbunden. Im Gegenteil: Die FPÖ fördert eine Spaltung der Bevölkerung nach nationalen und ethnischen Kriterien und ordnet die Sozialpolitik „völkischen“ Zielsetzungen unter. Hinter „sozialen“ Slogans betreibt sie real eine Politik des Sozialabbaus, die sich nicht nur gegen bestimmte soziale und ethnische Gruppen richtet, sondern gegen die arbeitende Bevölkerung insgesamt.

## Solidaritätsvorstellungen in der österreichischen Bevölkerung

Die FPÖ hat in den 1990er-Jahren die soziale Frage für sich entdeckt und mit der Strategie, sich als „soziale Heimatpartei“ zu positionieren, politische Erfolge erzielt. Wie gezeigt wurde, erfolgte aber lediglich eine oberflächliche Umorientierung. Die neoliberale Grundlage ihrer Programmatik ist durch ihre politische Praxis nicht infrage gestellt worden. Zugleich hat die ÖVP unter Sebastian Kurz wohlfahrtschauvinistische Positionen und die Verhinderung von Fluchtmigration in den Vordergrund gestellt. Vor

diesem Hintergrund sind die Orientierungen in der Bevölkerung von Interesse, die sich auf Fragen der Migration und des Sozialstaates beziehen. Im Folgenden gehen wir der Frage nach, wie verbreitet Orientierungen, die etwa den Vorstellungen entsprechen, die von der FPÖ propagiert werden, oder jenen, die sie realpolitisch verkörpert, in der österreichischen Bevölkerung sind.<sup>9</sup> Dazu werden empirische Daten herangezogen, die im Rahmen des Forschungsprojekts „Solidarität in Zeiten der Krise. Sozioökonomischer Wandel und politische Orientierungen in Österreich und Ungarn“ (SOCRIS) erhoben wurden. Dieses Projekt untersucht die Frage, welche Auswirkungen die verschiedenen Krisen der vergangenen Jahre auf politische Orientierungen in Österreich und Ungarn haben. Dazu wurde zum einen im Sommer 2017 eine repräsentative Erhebung in der österreichischen Bevölkerung unter Erwerbstätigen und Erwerbsarbeitslosen im Alter von 18–65 Jahren (N=1004) durchgeführt (SOCRIS-Survey). Zum zweiten wurden im Frühjahr 2018 problemzentrierte Interviews (Witzel 2000) mit Menschen aus verschiedenen Regionen, mit unterschiedlichem Berufs- und Bildungshintergrund sowie mit vielfältigen politischen Orientierungen u. a. zu Fragen wohlfahrtsstaatlicher Solidarität geführt (N=48).

Der SOCRIS-Survey zeigt, dass sich eine deutliche Mehrheit in Österreich gegen Kürzungen im Bereich sozialstaatlicher Unterstützung für unterschiedliche sozial (Mindestpensionist\*innen, kinderreiche Familien und Langzeitarbeitslose) und kulturell (Flüchtlinge und Roma/Sinti) benachteiligte Gruppen ausspricht. So werden beispielsweise Reduktionen für Mindestpensionist\*innen von nicht weniger als 98 Prozent der Befragten abgelehnt. Gleichzeitig variiert die Zustimmung zu Kürzungen zwischen den verschiedenen benachteiligten Gruppen deutlich: Während sie bei Mindestpensionist\*innen und kinderreichen Familien sehr gering ist (zwei Prozent bzw. sechs Prozent), werden sie für Langzeitarbeitslose, Geflüchtete sowie Roma und Sinti in einem deutlich höheren Ausmaß befürwortet (ca. 30 Prozent für jede der Gruppen).

Zur Untersuchung der Frage, welche verschiedenen Muster von Solidaritätsvorstellungen sich in der österreichischen Bevölkerung finden, wurde eine K-Means Clusteranalyse (Bacher et al. 2010) durchgeführt und die Verbreitung der Solidaritätsmuster ermittelt. Dabei zeigt sich ein breites Spektrum unterschiedlicher Solidaritätsvorstellungen, die sich im Hinblick auf die Basis und die Grenzen der Solidargemeinschaft unterscheiden. Die Bandbreite reicht von universell solidarischen Positionen, die einen Ausbau sozialstaatlicher Leistungen für alle benachteiligten Gruppen und staatliche Interventionen zur Reduktion sozialer Ungleichheit auf nationaler sowie auf globaler Ebene befürworten (Cluster 7) bis zu solchen, die Umverteilungsmaßnahmen ablehnen sowie Kürzungen sozialstaatlicher Unterstützung für alle benachteiligten Gruppen befürworten (Cluster 1) (Flecker et al. 2020).

Ein konsistent ethnisch-exklusives Solidaritätsmuster im Sinne eines Wohlfahrtschauvinismus, wie es die FPÖ nach außen hin vermittelt, findet sich bei 13 Prozent der Befragten (Cluster 2). Diese Gruppe steht dem Sozialstaat nicht grundsätzlich ablehnend gegenüber, unterscheidet aber in der Zustimmung zu sozialstaatlicher Unterstützung stark zwischen unterschiedlichen Gruppen von Leistungsbeziehenden. Sie befürwortet sozialstaatliche Unterstützung für „einheimische“ sozial benachteiligte Gruppen wie Mindestpensionist\*innen und Familien mit vielen Kindern, fordert aber Kürzungen für Geflüchtete sowie für Roma und Sinti. Die „ethnische Exklusivität“ geht mit einer Abwertung „weniger würdiger“ nationaler Gruppen einher: Sozialstaatliche

Unterstützung wird für Langzeitarbeitslose zwar eher befürwortet als für Geflüchtete und Roma und Sinti, aber deutlich weniger als für Mindestpensionist\*innen und kinderreiche Familien. Das deutet auf eine Verschränkung der ethnischen Basis für die Grenzen der Solidargemeinschaft mit einer neoliberal-meritokratischen hin, welche die Ursachen für Erwerbsarbeitslosigkeit tendenziell auf individueller Ebene (mangelnde Leistungsbereitschaft oder individuelles Versagen) verortet.

Ein Muster, das in etwa der politischen Praxis der FPÖ entspricht, findet sich bei einer weiteren Gruppe in der Größe von neun Prozent der Befragten: Wohlfahrtsstaatliche Unterstützung wird für alle benachteiligten Gruppen abgelehnt ebenso wie staatliche Maßnahmen zur Reduktion sozialer Ungleichheit auf nationaler und auf globaler Ebene (Cluster 1). Eine wiederum andere Gruppe (16 Prozent der Befragten; Cluster 3) unterscheidet bei ihrer Zustimmung zu wohlfahrtsstaatlichen Leistungen sehr deutlich nach unterschiedlichen Leistungsempfänger\*innen. Sie hält dabei das Leistungsprinzip hoch und befürwortet zwar die nationale und globale Umverteilung, lehnt jedoch wohlfahrtsstaatliche Unterstützung für Geflüchtete sowie für Roma und Sinti und für Langzeitarbeitslose ab. Zählt man alle zusammen, so findet man eine Präferenz für die Begrenzung der Solidargemeinschaft nach ethnischen Kriterien in verschiedener Ausprägung und Abstufung bei insgesamt 38 Prozent der Befragten.

Für ein besseres Verständnis der Solidaritätsmuster wurden im SOCRIS-Projekt mit 48 Personen in verschiedenen österreichischen Bundesländern problemzentrierte Interviews geführt. Die Auswertungen erlaubten es, die Ausprägungen an den beiden Polen des Solidaritätskontinuums zu rekonstruieren: einerseits die universell solidarische Position, die alle Menschen in die Solidargemeinschaft einschließt, und andererseits fehlende oder sehr eingeschränkte Solidarität. Wichtig ist jedoch zu betonen, dass sich – wie auch die oben dargestellte Auswertung der Umfrage schon gezeigt hat – in der Bevölkerung nicht „die Solidarischen“ und „die Unsolidarischen“ gegenüberstehen. Vielmehr gibt es eine große Vielfalt an Solidaritätsvorstellungen zwischen den Polen, und – was ebenso wichtig ist – die Haltungen der Personen sind oft recht ambivalent. Das bedeutet, dass viele der Personen mit Solidaritätsvorstellungen zwischen den Polen für recht verschiedene politische Ziele gewonnen werden können.

Ein gutes Beispiel dafür ist eines von insgesamt sieben rekonstruierten Solidaritätsmustern, das wir „Leistung muss belohnt werden“ genannt haben. Mehrere unterschiedliche Haltungen sind hier eng verknüpft: Die Klage über zu niedrige Löhne und zu geringe Anerkennung der Arbeiter\*innen steht in Zusammenhang mit der Feststellung sozialer Ungleichheit, Ausbeutung und unberechtigter Privilegien der Reichen. Man kann eine Selbstzuordnung zur Arbeiterklasse und Solidarität insbesondere mit den anderen Arbeiter\*innen erkennen. Zugleich grenzen sich diese Personen von jenen Arbeitenden ab, die längere Zeit erwerbslos sind, und klagen darüber, dass man im Fall der Erwerbsarbeitslosigkeit „fürs Nixtun mehr bekommt als fürs Arbeiten-Gehen“<sup>10</sup>: „Es gibt viele, was man auch hört, die das System halt ausnutzen. Das halte ich schon für richtig, dass das jetzt einmal eine Linie hineingehört“ (Michael Fuchs<sup>11</sup>, 32 Jahre, Werkzeugmacher). Andererseits äußern die Befragten dieses Typs Verständnis für diejenigen, die nicht bereit sind, für einen zu niedrigen Lohn höchst anstrengende Erwerbsarbeit zu leisten: So schildert der in der Gastronomie tätige Jan Wieninger (26 Jahre, Verwaltungsassistent), dass ein Koch nur 1.200 Euro bekomme „dafür, dass man 50 Stunden die Woche steht und echt hackelt. Ich verstehe das vollkommen, dass das unattraktiv ist

[...], wenn man für einen Hunderter weniger daheimsitzen kann und vielleicht im Pfusch irgendwas tun kann, nicht?“

Ähnlich ambivalent zeigt sich die Haltung gegenüber Migrant\*innen und Geflüchteten: Einerseits zeigen sich die Befragten dieses Typs offen für deren Aufnahme in Österreich, wenn diese entsprechende Leistungen und Beiträge erbringen. Andererseits folgen sie in ihren Gerechtigkeitsvorstellungen dem Leistungsprinzip nicht vollständig, weil sie etwaige Leistungen in einem anderen Land von vornherein nicht in Betracht ziehen. Während also die Orientierung am Leistungsprinzip und eine grundsätzliche Solidarität unter den Erwerbstätigen eine nach nationalen Kriterien erfolgende Ausgrenzung aushebelt, kommt die nationale Grenzziehung durch die Hintertür wieder herein. Entsprechend der nach wie vor nationalstaatlichen Organisation des Sozialstaates erscheinen die in anderen Ländern eingezahlten Beiträge nicht als Leistungen der jeweiligen Personen.

Die Tatsache, dass dieselben Personen unterschiedliche und teils gegensätzliche Perspektiven und Haltungen nebeneinander und miteinander verknüpft aufweisen, hat wichtige Konsequenzen. Sie macht nämlich klar, dass die konkreten Umstände, unter denen bestimmte Themen behandelt werden, sowie die Situationsdeutungen und Rahmungen, die im öffentlichen Diskurs vorherrschen, einen gewichtigen Einfluss auf die Haltungen der Einzelnen haben. So lässt sich erklären, warum Stimmungen in relativ kurzer Zeit umschlagen können. Darüber hinaus wird deutlich, dass es entscheidend sein kann, wie politische Parteien oder zivilgesellschaftliche Initiativen ein und dieselbe Person ansprechen und welche Themen dabei in den Vordergrund gestellt oder wie Problemlagen definiert werden (Altreiter et al. 2019).<sup>12</sup>

## Schluss

Die FPÖ hat seit den 1990er-Jahren einen zumindest oberflächlichen Wandel vollzogen und versucht, unter dem Label „soziale Heimatpartei“ breitere Wählerschichten anzusprechen. Diese Neuausrichtung verbleibt aber weitgehend auf rhetorischer Ebene: Ihre sozialpolitischen Argumente zielen nicht auf die Stärkung des Sozialstaates ab, sondern auf die Mobilisierung xenophober Vorurteile. Soziale Absicherung wird rhetorisch so mit Migrationsthemen verbunden, dass Kürzungen als nicht gegen die „Inländer\*innen“ gerichtet erscheinen. Real werden aber unter dem Vorwand, die „Einwanderung in unseren Sozialstaat“ zu verhindern, sozialstaatliche Leistungen für alle eingeschränkt. Mit dieser Strategie verfolgt die FPÖ eine Ablenkung von ihrer real neoliberalen, unternehmerfreundlichen Politik sowie von der vertikalen Dimension sozialer Ungleichheit (Arbeit vs. Kapital). Durch das Ausspielen unterschiedlicher Gruppen von Lohnabhängigen gegeneinander wird zudem eine Solidarisierung dieser Gruppen im Kampf für mehr soziale Gerechtigkeit erschwert.

Empirische Daten, die im Zuge des SOCRIS Projekts erhoben wurden, deuten darauf hin, dass die FPÖ (ebenso wie die ÖVP unter Sebastian Kurz) mit dieser Strategie durchaus erfolgreich ist. So finden sich Hinweise auf eine Präferenz für die Begrenzung der Solidargemeinschaft nach ethnischen Kriterien in verschiedener Ausprägung und Abstufung bei insgesamt 38 Prozent der Befragten. Zusammengenommen zeigen die Daten einerseits, dass eine deutliche Mehrheit in Österreich Kürzungen im Bereich

sozialstaatlicher Unterstützung für sozial und kulturell benachteiligte Gruppen ablehnt, obwohl die Finanzierbarkeit des Sozialstaates jahrelang infrage gestellt worden ist. Andererseits deuten sie darauf hin, dass zwar jeweils nur ein geringerer Anteil der österreichischen Bevölkerung ein konsistent ethnisch basiertes, d.h. wohlfahrtschauvinistisches Solidaritätskonzept vertritt (13 Prozent) oder eines, das der realen – auf Sozialabbau für alle Lohnabhängigen ausgerichteten – politischen Praxis der FPÖ entspricht (neun Prozent), dass sich aber darüber hinaus eine partielle Beschränkung der Solidargemeinschaft nach ethnischen Kriterien in breiteren Bevölkerungsteilen findet (16 Prozent). Wenngleich kein unmittelbarer Zusammenhang zwischen der ideologischen Agitation der FPÖ und der Verbreitung rechter Orientierungen in der Bevölkerung hergestellt werden kann, da für letztere vielfältige Ursachen bedeutsam sind und verschiedene soziale Gruppen aus unterschiedlichen Gründen empfänglich für rechte Botschaften sind (Flecker et al. 2020),<sup>13</sup> weisen die Befunde darauf hin, dass die extreme und populistische Rechte in Österreich durchaus erfolgreich eine Umdeutung gesellschaftlicher Verteilungsfragen von der vertikalen Dimension der Ungleichheit auf horizontale Unterschiede der Herkunft und Nationalität transportiert. Zugleich sind die Haltungen in der Bevölkerung vielfältig und ambivalent. Für welche Politik die Personen zu gewinnen sind, hängt demnach auch von konkreten Situationen und den politischen Botschaften und Angeboten ab.

## Anmerkungen

- 1 Der Beitrag wurde im Rahmen des Projekts „Solidarität in Zeiten der Krise“ erarbeitet, das vom österreichischen Fonds zur Förderung der wissenschaftlichen Forschung (FWF) finanziert wird (Projekt Nummer I 2698-G27).
- 2 Z.B. <https://orf.at/v2/stories/2200423/> oder <https://www.österreich.at/politik/steiermark-wahl/FPOe-ist-die-neue-Arbeiterpartei/190646436>, 19.08.2019.
- 3 <https://www.fpoe.at/artikel/oktober-revolution-hc-strache-praesentiert-erste-plakate-fuer-wien-wahl-1/>, 09.07.2019.
- 4 Z.B. <https://www.facebook.com/HCStrache/posts/10156391122713591> oder [https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20190727\\_OTSo007/fpoe-belakowitscheine-million-schaden-durch-auslaendische-sozialbetruenger-dennoch-gruen-landesrat-gegen-neue-sozialhilfe](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20190727_OTSo007/fpoe-belakowitscheine-million-schaden-durch-auslaendische-sozialbetruenger-dennoch-gruen-landesrat-gegen-neue-sozialhilfe), 21.08.2019.
- 5 <https://www.fpoe-stmk.at/en/news-detail/fpoe-zanger-sozialschmarotzer-brauchen-wir-nicht.html>, 19.08.2019.
- 6 <https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/940145-Arbeitsloser-ist-nicht-gleich-Arbeitsloser.html>, 19.08.2019.
- 7 Betriebskurier FPÖ – FA voestalpine Stahl Dezember 2015; <https://issuu.com/fpoe-nnk/docs/betriebskurier>, 08.07.2019.
- 8 Z.B. <https://kontrast.at/wie-sozial-ist-die-fpoe-wirklich/> oder <https://rechtsdrall.com/2015/10/05/stimmverhalten-der-fpoe-im-parlament/>, 21.08.2019.
- 9 Auf Gründe für die Entwicklung der unterschiedlichen Einstellungsmuster kann aufgrund des eingeschränkten Umfanges dieses Beitrages nicht eingegangen werden. Siehe dazu z.B. Flecker et al. 2020.
- 10 Diese Ansicht wurde von mehreren Befragten in dieser Form geäußert.
- 11 Die Namen der Befragten wurden von den Autor\*innen geändert.
- 12 Eine detaillierte Darstellung der Solidaritätsmuster und die Einordnung dieser Ergebnisse finden sich in der aktuellen Buchpublikation „Umkämpfte Solidaritäten – Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft“ (Altreiter et al. 2019).
- 13 Die Gründe für die zunehmende Attraktivität von Parteien und Bewegungen der extremen und populistischen Rechten wurden in den vergangenen Jahren in zahlreichen Studien untersucht (z.B. Flecker 2016, Heitmeyer 2018, Brähler et al. 2018, Koppetsch 2019).

## Literatur

- Aichholzer, Julian/Kritzinger, Sylvia/Wagner, Markus/Zeglovits, Eva (2014): How has Radical Right Support Transformed Established Political Conflicts? The Case of Austria. In: *West European Politics* 37 (1), 113–137.
- Altreiter, Carina/Flecker, Jörg/Papouschek, Ulrike/Schindler, Saskja/Schönauer, Annika (2019): *Umkämpfte Solidaritäten – Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft*. Wien: Promedia.
- Bacher, Johann/Pöge, Andreas/Wenzig, Knut (2010): *Clusteranalyse. Anwendungsorientierte Einführung in Klassifikationsverfahren*. München: Oldenbourg Verlag.
- Becker, Joachim (2018): Schwarz-Blaues Regieren II: Orbánisierung in Rot-Weiß-Rot? In: *Kurswechsel* 2018 (1), 102–112.
- Becker, Joachim/Ćetković, Predrag (2018): Editorial. In: *Kurswechsel* 2018 (1), 100–101.
- Brähler, Elmar/Decker, Oliver/Baier, Dirk (2018): *Flucht ins Autoritäre. Rechtsextreme Dynamiken in der Mitte der Gesellschaft. Die Leipziger Autoritarismus-Studie 2018*. Gießen: Psychosozial-Verlag.
- Dörre, Klaus/Hänel, Anja/Holst, Hajo/Matuschek, Ingo (2011): *Guter Betrieb, schlechte Gesellschaft? Arbeits- und Gesellschaftsbewusstsein im Prozess kapitalistischer Landnahme*. In: Koppetsch, Cornelia (Hg.): *Nachrichten aus den Innenwelten des Kapitalismus – Zur Transformation moderner Subjektivität*. Wiesbaden: Springer, 21–50.
- Flecker, Jörg (ed.) (2016): *Changing Working Life and the Appeal of the Extreme Right*. London/New York: Routledge.
- Flecker, Jörg/Altreiter, Carina/Schindler, Saskja (2018): Erfolg des Rechtspopulismus durch exkludierende Solidarität? Das Beispiel Österreich. In: Becker, Carina/Dörre, Klaus/Reif-Spirek, Peter (Hg.): *Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte*. Frankfurt/New York: Campus, 245–255.
- Flecker, Jörg/Hentges, Gudrun/Grajczar, István/Altreiter, Carina/Schindler, Saskja (2019): *Extreme und populistische Rechtsparteien und die soziale Frage. Entwicklungen in Frankreich, Österreich, Ungarn und den Niederlanden*. In: *WSI Mitteilungen* 72 (3), 212–219.
- Flecker, Jörg/Schindler, Saskja/Altreiter, Carina (2020): Auf der Suche nach der einen Ursache? Erklärungen für den Erfolg der extremen und populistischen Rechten. In: Hentges, Gudrun (Hg.): *Krise der Demokratie – Demokratie in der Krise? Frankfurt/Main: Wochenschau-Verlag (im Erscheinen)*.
- FPÖ-Bildungsinstitut (2013): *Handbuch freiheitlicher Politik – Ein Leitfaden für Führungsfunktionäre und Mandatsträger der Freiheitlichen Partei Österreichs*, [https://www.fpoe.at/fileadmin/user\\_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/Handbuch\\_freiheitlicher\\_Politik\\_WEB.pdf](https://www.fpoe.at/fileadmin/user_upload/www.fpoe.at/dokumente/2015/Handbuch_freiheitlicher_Politik_WEB.pdf), 20.08.2019.
- Heitmeyer, Wilhelm (2018): *Autoritäre Versuchungen*. Berlin: Suhrkamp.
- Hentges, Gudrun (2011): *Die extreme Rechte in Europa – zwischen niederländischem Rechtspopulismus und ungarischem Rechtsextremismus*. In: Hentges, Gudrun/Hans-Wolfgang Platzer (Hg.): *Europa – Quo Vadis? Ausgewählte Problemfelder der europäischen Integrationspolitik*. Wiesbaden: VS Verlag, 235–276.
- Kitschelt, Herbert/McGann, Anthony (1997): *The radical right in Western Europe: a comparative analysis*. Ann Arbor: University of Michigan Press.
- Koppetsch, Cornelia (2019): *Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter*. Bielefeld: transcript Verlag.
- Loch, Dietmar/Norocel, Ov Cristian (2015): The populist radical right in Europe: A xenophobic voice in the global economic crisis. In: *Trenz, Hans-Jörg/Ruzza Carlo/Guiraudon Virginie (eds.): Europe's prolonged crisis*. London: Palgrave Macmillan, 251–269.
- Kriesi, Hanspeter (2012): Restructuring the national political space: the supply side of national electoral politics. In: Kriesi, Hanspeter/Grande, Edgar/Dolezal, Martin/Helbling, Marc/Höglinger, Dominic/Hutter, Swen/Wüest, Bruno (eds.): *Political Conflict in Western Europe*. Cambridge: Cambridge University Press, 96–126.
- Lefkofridi, Zoe/Michel, Elie (2014): *Exclusive Solidarity? Radical Right Parties and the Welfare State (EUI Working Paper RSCAS 2014/120)*. San Domenico di Fiesole.
- Neue Volkspartei/Freiheitliche Partei Österreichs (2017): *Zusammen. Für unser Österreich. Regierungsprogramm 2017-2022*, [http://www.wienerzeitung.at/\\_em\\_daten/\\_wzo/2017/12/16/171216\\_1614\\_regierungsprogramm.pdf](http://www.wienerzeitung.at/_em_daten/_wzo/2017/12/16/171216_1614_regierungsprogramm.pdf), 09.07.2019.
- Obinger, Herbert/Tálos, Emmerich (2006): *Sozialstaat Österreich zwischen Kontinuität und Umbau – Bilanz der ÖVP/FPÖ/BZÖ-Koalition*. Wiesbaden: VS Verlag.
- Stjernø, Steinar (2005): *Solidarity in Europe. The History of an Idea*. Cambridge: University Press.
- Witzel, Andreas (2000): *Das problemzentrierte Interview*. In: *Forum Qualitative Social Research*. <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1132/2519>, 09.07.2019.